

Baselbieter Polizeiverband kritisiert Reber

Polizisten sehen sich durch Staatsanwaltschaft doch zu stark belastet

Von Daniel Wahl

Liestal. Eigentlich wollte die Justiz- und Sicherheitskommission des Landrats Licht in den Streit zwischen Fachkommission und der Staatsanwaltschaft bringen. Auf der einen Seite die Fachkommission, die davon ausgeht, dass die Staatsanwaltschaft die Polizei mit Untersuchungsaufträgen nahezu zudeckt, wo sie doch selber über die nötigen Untersuchungsbeamten verfügt. Auf der anderen Seite die Erste Staatsanwältin, die die Vorwürfe in aller Form bestreitet. Man würde im Vergleich mit anderen Kantonen sehr wenige Ermittlungen und Einvernahmen an die Polizei delegieren.

Letztlich geht es um mehr als nur um die Frage, zu klären, auf welcher Seite nun die Ermittlungsarbeit anfällt – auf Polizei- oder Staatsanwaltschaftsseite. Und um mehr als nur eine Optimierungsfrage der Schnittstellen dieser beiden Behörden. Der Streit impliziert nämlich einen happigen Vorwurf: In der Staatsanwaltschaft habe sich eine Art Oberstaatsanwaltschaft etabliert, welche kaum eine Fallbearbeitung betreibt und ihre Arbeit nach unten delegiert. Zuletzt lande die Arbeit bei der Polizei, welche deshalb zum Beispiel in den Bereichen Menschenhandel, Geldwäsche oder Schutzgelderpressung weniger Ressourcen einsetzen könne. Was eben von der Staatsanwaltschaft bestritten wird.

Leitende Beamte ohne Fakten

Obschon die Kommission nochmals alle Sprachführer vorlud, wie der von der Sicherheitsdirektion beauftragte Gutachter, der ehemalige Zürcher Oberstaatsanwalt Andreas Brunner, Vertreter von Polizei, Fachkommission und Staatsanwaltschaft, konnten keine grossen Erkenntnisse gewonnen werden. «Die Aussagen stehen sich diametral gegenüber», sagt Kommissionspräsident Andreas Dürr (FDP). In seinem Bericht heisst es etwas konsterniert: «Für die Kommission erwies sich als problematisch, dass keine Seite die Faktenlage mit harten und eindeutigen Zahlen untermauern konnte.» Was letztlich etwas seltsam in dieser Justizbranche ist, die mit Statistiken alles



Arbeiten für die Staatsanwälte. Regierungsrat Isaac Reber lasse «vorsichtig geschätzt» rund 20 Vollzeitstellen bei der Polizei einsetzen für Arbeiten, die unter der Ersten Staatsanwältin Angela Weirich anfallen würden. Foto Henry Muchenberger

erfassen, ausweisen und belegen will. Entsprechend ist der Kommissionsbericht so erhellend wie ein Glühwürmchen. Das wiederum war der Grund dafür, dass ihr Mitglied Jürg Wiedemann, Landrat der Grünen-Unabhängigen, in die Tasten griff und selber einen Bericht schrieb, den er «Minderheitsbericht» nennt.

Ärger des Polizeiverbandes

Im Kampf um die Deutungshoheit dieses Streits zwischen Fachkommission und Staatsanwaltschaft hat sich nun auch die Baselbieter Polizei als Verband (PVPBL) eingebracht. Im Jahresbericht übt der PVPBL an dem von Regierungsrat Isaac Reber beauftragten Gutachter Brunner harsche Kritik. «Wir äussern unseren Unmut, dass sich der Verfasser über die Polizei äusserte, ohne mit der Polizei gesprochen zu haben», schreibt der PVPBL. Die Polizisten lassen durchblicken, dass sie es für

«unerklärlich» halten, wie Brunner zu Aussagen wie «ressourcenschonenden Vorgehen für die Polizei» kommt. Oder: Die polizeiliche Arbeit würde «in house» bei der Staatsanwaltschaft erfolgen, weil etwa 50 Prozent der Untersuchungsbeauftragten ehemalige Polizei-

«Ärgerlich: Der Bericht ist öffentlich, wird aber von der Polizeiseite anders festgestellt.»

Polizeibeamtenverband Baselland (PVPBL)

beamte seien. Nicht einmal der Auftraggeber, Regierungsrat Isaac Reber, habe vom Verfasser eine Befragung der Polizei verlangt, schreibt der PVPBL: «Diese Unterlassung ist für die Polizei umso ärgerlicher, weil der Bericht öffentlich ist und von der Polizeiseite in der Praxis anders festgestellt wird.»

Wie die *BaZ* weiss, beklagen sich Polizisten im Verband, dass sie – abhängig von der Laune des Staatsanwalts oder der fallführenden Person – mit Einvernahmen und Ermittlungshandlungen bedacht würden, die die Staatsanwaltschaft zu erledigen hätte. Es sei wie im Lotto und nichts reguliert. Zudem hätte die Polizei, insbesondere beim Posten Schoren in Arlesheim, nicht die geeigneten Räume, um Einvernahmen durchführen zu können.

Bericht gewinnt an Bedeutung

Vor diesem Hintergrund erhält Wiedemanns «Minderheitsbericht» mehr Brisanz. «Ich führe dort aus, was im Kommissionsbericht verschwiegen wird», sagt er. Er legt offen, dass Fachexperte Brunner mangels Auftrag und Ressourcen «keine Strafakten lesen und keine Gespräche mit der Polizei führen» konnte. Und: Nicht nur die Basis im Verband, sondern auch die Polizeileitung

habe sich gegenüber Isaac Reber negativ zur Arbeitsbelastung durch die Staatsanwaltschaft geäussert. «Vorsichtigerweise geschätzt» würden bei der Polizei 20 Vollzeitstellen «mit delegierten Untersuchungshandlungen der Staatsanwaltschaft beschäftigt», wo gemäss Bundesgerichtsurteil die Staatsanwaltschaft die Arbeit leisten müsste. Wiedemann zitiert aus einem unvollständig vorhandenen Schreiben der Polizeileitung, das der Fachkommission vorgelegen haben muss. Darin soll Polizeikommandant Marc Burkhard von einer «extensiven Menge» geschrieben haben.

Der Landrat forderte das Schreiben an, um es vollumfänglich einsehen zu können. «Aber das Papier, in welchem sich die Polizei massiv beschwert, ist mir von Isaac Reber vorenthalten worden», sagt er. Gegenüber der Justiz- und Sicherheitskommission soll sich die Polizeileitung wiederum sehr zurückhaltend geäussert haben. Sie seien «stark, aber nicht übermässig» beansprucht worden, heisst es im Kommissionsbericht. Präsident Dürr sagt sogar, dass er zeitweise den Eindruck gewonnen habe, die Polizei würde sehr gerne für die Staatsanwaltschaft ermitteln und Einvernahmen durchführen. Es sei eine Bereicherung im Polizeialltag.

Schreiben vorenthalten

Ob der Kommandant Kreide gefressen hat? Wiedemann vermutet, dass Burkhard seinem Vorgesetzten Isaac Reber einfach nicht in den Rücken fallen wolle. Gerne hätte die *BaZ* Marc Burkhard zu den Vorgängen und über die tatsächliche Belastung der Polizei durch die Staatsanwaltschaft befragt. Er zog es vor, jetzt zu schweigen.

Für Andreas Dürr bleibt es eine leidige Angelegenheit, die völlig unüblich durch den Bericht von Wiedemann akzentuiert wurde. «Es ist ja nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Sache klärt. Warten wir deren Resultate ab», sagt er. Wiedemann entgegnete: «Eine Arbeitsgruppe unter der Führung der Sicherheitsdirektion, die die heutigen Zustände seit Jahren duldet, wird kaum das offenlegen, was nicht sein darf – das kann ja noch heiter werden.»